

## Unterrichtung

Der Präsident  
des Niedersächsischen Landtages  
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 28.07.2011

### **Beschäftigungs- und Standortsicherung bei der ALSTOM Transport Deutschland GmbH in Salzgitter**

**Beschluss** des Landtages vom 17.03.2011 - Drs. 16/3473

- I. Der Landtag stellt fest:
  1. Bei der ALSTOM Transport Deutschland GmbH drohen Massenentlassungen. Der traditionsreiche Bahnindustriestandort Salzgitter befindet sich in existenzieller Gefahr. Das ist nicht hinnehmbar. Die Beschäftigungs- und Standortsicherung der ALSTOM Transport GmbH in Salzgitter ist dringend geboten.
  2. ALSTOM fertigt in Salzgitter Plattformen für Straßenbahnen und Regionalzüge und renoviert Frachtwaggons.

Die ALSTOM-Konzernleitung in Paris prüft, Teile des Werkes Salzgitter in andere europäische Länder zu verlagern, in denen die Personalkosten niedriger sind. Aktuelle Auslastungsprobleme am Standort Salzgitter will die Konzernleitung offenkundig zum willkommenen Anlass nehmen, um qualifizierte, gut bezahlte Arbeitsplätze in Salzgitter zu vernichten. All das geschieht sogar in einem positiven wirtschaftlichen Umfeld, wonach viele Kommunen beispielsweise eine Erneuerung ihrer Straßenbahnen bzw. Bahnunternehmen ihrer Wagen planen. Diese positiven Entwicklungen gehen bislang aber an der ALSTOM Transport Deutschland GmbH in Salzgitter weitgehend vorbei.
  3. Die Arbeitnehmervertreter befürchten, dass etwa 1 400 der insgesamt 2 800 Arbeitsplätze am Standort Salzgitter gefährdet sind. Das wiederum hätte erhebliche negative Auswirkungen auf die vielen regionalen Zulieferer der ALSTOM Transport Deutschland GmbH und deren Arbeitsplätze. Für den Industriestandort Salzgitter mit seinen fünf Großbetrieben und zahlreichen mittelständischen Betrieben ist die Bahnindustrie in Salzgitter unabdingbar.
  4. Seit März 2010 bemüht sich der Betriebsrat Salzgitter der ALSTOM Transport GmbH um eine Vereinbarung mit der Konzernleitung in Paris, um den Standort Salzgitter und dessen Beschäftigte zu sichern. Diese Bemühungen blieben bisher ohne Erfolg. Auf der Tagung europäischer Arbeitnehmervertretungen von ALSTOM Ende Februar 2011 in Paris, zu der auch die Leitung des ALSTOM-Konzerns geladen war, verweigerte sich die Konzernleitung zum wiederholten Mal, über ihre Absichten konkret zu informieren.
  5. Die Beschäftigten der ALSTOM Transport GmbH Deutschland in Salzgitter und ihre Arbeitnehmervertreter sind nicht gewillt, Arbeitsplätze und den Standort Salzgitter der ALSTOM Transport GmbH aufzugeben. Am 9. Februar 2011 protestierten die Beschäftigten der Firma ALSTOM und benachbarter Unternehmen in Salzgitter, unterstützt von Bürgerinnen und Bürgern, Gewerkschaften, Parteien, dem Rat der Stadt Salzgitter, eindrucksvoll gegen die Tatenlosigkeit der ALSTOM-Geschäftsleitung und für die Beschäftigungs- und Standortsicherung der ALSTOM Transport GmbH Salzgitter. Der Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter und die Fraktionen des Rates der Stadt Salzgitter verabschiedeten am 21. Februar 2011 einstimmig eine Resolution „Standortsicherung und Erhalt bei der ALSTOM Transport Deutschland GmbH“. Darin werden Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und der Niedersächsische Ministerpräsident, David McAllister, aufgefordert, alle Kontakte zur französischen Regierung aus-

zuschöpfen, um eine Massenentlassung bei ALSTOM zu verhindern und den Standort Salzgitter zu sichern.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in enger Abstimmung mit der Bundesregierung sofort in Verhandlungen mit der Konzernleitung von ALSTOM in Paris sowie der Regierung der Republik Frankreich zu treten, um die Beschäftigung und Ausbildung bei der ALSTOM Transport GmbH sowie den Unternehmensstandort Salzgitter zu sichern.

**Antwort** der Landesregierung vom 28.07.2011

ALSTOM Transport Deutschland gehört zu den weltweit führenden Komplettanbietern von Verkehrstechnik und Dienstleistungen rund um die Bahn. Der Standort Salzgitter ist eine der größten Produktionsstätten für Schienenfahrzeugtechnik und ein wichtiges Kompetenzzentrum der Bahnindustrie in Deutschland. ALSTOM und seine Beschäftigten sind daher für die Entwicklung des Industriestandortes Salzgitter von zentraler Bedeutung. Für Niedersachsen als Mobilitätsland ist es wichtig, das Know-how im Bereich des Schienenfahrzeugbaus zu erhalten.

Die Landesregierung verfolgt die Entwicklung des Unternehmens seit vielen Jahren und hat insbesondere die Vorgänge in den letzten Monaten mit Sorge beobachtet. Die ursprünglichen Pläne der Konzernführung, 700 Arbeitsplätze am Standort Salzgitter abzubauen und wesentliche Teile der Wertschöpfung nach Polen zu verlagern, waren angesichts der positiven Marktentwicklung im Bereich der Schienenfahrzeuge nicht nachvollziehbar. So hat die Deutsche Bahn erst kürzlich verkündet, bis 2014 rund 40 Mio. Euro zu investieren. Auch die von der Bundesarbeitsgemeinschaft Schienenpersonennahverkehr veröffentlichten Vergabevolumina bis 2015 in Höhe von 350 Millionen zu vergebende Zugkilometer und die daraus resultierenden Aufträge für Neufahrzeuge werden für Geschäft bei den Herstellern moderner Triebzüge und Doppelstockwagen sorgen.

Die Landesregierung hat sich sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene für eine konstruktive Gesprächsführung zwischen Management und Belegschaft, für zukunftsfähige und transparente Unternehmensentscheidungen am Standort Salzgitter und sozialverträgliche Lösungen bei eventuell notwendigen Maßnahmen des Arbeitsplatzabbaus eingesetzt.

Zu Ziffer II der Landtagsentschließung wird wie folgt Stellung genommen:

Die Landesregierung hat bereits seit Dezember 2010 in zahlreichen Kontakten sowohl mit der Arbeitnehmervertretung ALSTOM Salzgitter als auch mit der Arbeitgeberseite auf substanzielle und konstruktive Gespräche der Tarifparteien gedrungen. Nach Bekanntgabe der Entlassungspläne wurden intensive Gespräche mit der Unternehmensleitung, dem Betriebsrat, der Gewerkschaft IG Metall, dem Arbeitgeberverband Niedersachsen-Metall, der Arbeitsverwaltung sowie der Stadt Salzgitter geführt. Die Informationspolitik des Unternehmens wurde allgemein als unzureichend empfunden. Darüber hinaus war nicht erkennbar, dass die französische Konzernführung sich konstruktiv mit den Vorschlägen der Arbeitnehmerseite auseinandergesetzt hatte. In mehreren Schreiben, zuletzt am 11.05.2011, hat sich die Landesregierung daher an den Vorstandsvorsitzenden in Paris, Herrn Patrick Kron, gewandt und den Vorstand von ALSTOM nochmals zu konstruktiven Gesprächen mit der Arbeitnehmerseite aufgefordert. Die Landesregierung hat darauf hingewirkt, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmerschaft bei ALSTOM sich im Rahmen der in Deutschland bewährten Instrumente der Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft auf eine gemeinsame Lösung verständigen. Dies war auch Gegenstand eines persönlichen Gespräches zwischen dem Vorstandsvorsitzenden Patrick Kron und Ministerpräsident McAllister am 09.03.2011.

Die Landesregierung hat gegenüber dem Unternehmen mehrfach ihre Bereitschaft betont, an den notwendigen strukturverbessernden Maßnahmen im Werk Salzgitter unterstützend mitzuwirken. Allerdings setzte dieses Unterstützungsangebot voraus, dass Maßnahmenvorschläge von dem Unternehmen in Abstimmung mit der Belegschaft erarbeitet werden. In diversen Gesprächen wurden mit dem Unternehmen verschiedenste Möglichkeiten der Unterstützung, u. a. in den Bereichen der Technologieförderung sowie einer integrierten Mobilitätskonzeption, erörtert.

In weiteren Gesprächen mit der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, der Gewerkschaft, der Arbeitsverwaltung, der kommunalen Verwaltung und Verbänden wurde die Situation in Salzgitter und speziell bei ALSTOM erörtert und sozialverträgliche Szenarien entworfen.

Der Ministerpräsident und der Staatssekretär des MW haben bei der Unterzeichnung der Solidaritätserklärung am 06.05.2011 und der Teilnahme an der Protestkundgebung am 25.05.2011 eindeutig für den ALSTOM-Standort Salzgitter Stellung bezogen und den Konzern zu ernsthaften Verhandlungen aufgefordert.

Die Landesregierung hat sich an die Bundesregierung (Bundeskanzleramt, Bundesverkehrsminister, Bundeswirtschaftsminister, Beauftragter für die deutsch-französische Zusammenarbeit), zuletzt mit Schreiben vom 26.05.2011, gewandt und die aktuelle Situation bei ALSTOM erläutert. Sie hat die Bundesregierung um Unterstützung gebeten und aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die französische Regierung einzuwirken, um so zu konstruktiven Gesprächen für zukunftsfähige und transparente Unternehmensentscheidungen für den Standort Salzgitter zu gelangen. Auch beim französischen Botschafter in Berlin wurde interveniert.

Die Landesregierung begrüßt die breite parteienübergreifende politische Unterstützung für die Forderungen der Belegschaft. Neben der Resolution des Rates der Stadt Salzgitter hat auch der Niedersächsische Landtag mit den Stimmen aller Fraktionen den geplanten Stellenabbau von ALSTOM verurteilt. Es bestand Einigkeit bei allen an dem Prozess Beteiligten, dass Salzgitter als zukunftsfähiger Schienenfahrzeugproduktionsstandort in Salzgitter erhalten bleiben muss.

Nach monatelangen Verhandlungen konnten die Tarifpartner am 07.07.2011 eine Einigung über einen Standortsicherungsvertrag für den Standort Salzgitter erzielen. Neben dem Erhalt wesentlicher Teile des Stahlrohbaus sieht die Einigung u. a. den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bis August 2016 vor. Notwendige Personalanpassungen sollen über ein freiwilliges Abfindungsprogramm erreicht werden. Außerdem werden Stellen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in den Ruhestand gehen, teilweise nicht neu besetzt. Die tariflich abgesicherte Arbeitszeit beträgt weiterhin 35 Stunden/Woche. Es wird eine unbezahlte Arbeitsstunde zur Qualifizierung der Beschäftigten eingeführt.